

Gemeinderatssitzung vom 21. September 2026

WEISUNG 4/2026 DES STADTRATES:

Volksinitiative «Initiative: Mehr Bäume für Uster!»

Sehr geehrter Herr Ratspräsident,
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen,
Geschätzte Anwesende

Artikel 238a kantonales Planungs-und Baugesetz PBG «Klimaangepasste Siedlungsentwicklung», im gleichen Gesetz Artikel 76 «Bäume», EG ZGB mit Verringerung der Grenzabstände der Bäume, Volksinitiative «Rettet unsere Bäume auf dem Zeughaus-Areal!», Volksinitiative «Mehr Bäume für Uster!» – Bäume, Bäume, Bäume. Vor lauter Bäumen sieht man den Wald gar nicht mehr und vor lauter Paragraphen, Artikeln und Umsetzungsempfehlungen – übrigens die Umsetzungsempfehlung vom §238a hat alleine 31! Seiten, jene vom §76 hat 26 Seiten – blickt man schon gar nicht mehr durch.

Man könnte meinen, wir in Uster hätten eine Holzwirtschaft à la Kanada oder bereichern uns an Raubholz, wie man es den Südamerikanern nachsagt.

Dabei sind wir Lichtjahre von solchen Umständen entfernt.

Bäume sind wichtig, schön und äusserst wertvoll. Kaum jemand bestreitet das.

Definieren wir mal einen Baum. Sprechen wir mal von Bäumen, wie man sie sich als Kind so vorstellt, wo man raufklettern kann und einem der Ast auch hält. Wo man früher auch mal eine Baumhütte einrichtete – darf man heute wahrscheinlich auch nicht mehr.

Wer genau ist dann an einem solchen Baum nicht interessiert, pflegt in nicht und oder fällt ihn aus einer Laune heraus?

Das macht man ja gar nicht. An den Bäumen findet man Gefallen, sie werden unterhalten und man hat Freude daran. Daran ändert auch ein Zustupf aus der Steuer-Gieskanne weder in die eine, noch in die andere Richtung etwas.

Kommt ein solcher Baum beim Tradeoff – und um diesen geht es letztlich – «Grün» oder «Wohnraum» unter die Räder, tut man dies aus übergeordneten, wohlbedachten Überlegungen. Entweder steht ein Baum innerhalb der Baulinie und ein Gebäude könnte nicht entstehen oder aber er steht ausserhalb der Baulinie und kommt bei den äusserst knappen Platzverhältnissen beim Bauen in der Innenverdichtung bei der Baustelleninstallation in die Quere. Oder wollen sie mal probieren, zugunsten eines Baumes für eine Baustelleninstallation beim Nachbarn nach Fläche zu fragen.

An solchen Überlegungen ändert auch ein Zustupf oder ein Anreiz aus der Steuerschatulle eben nichts. Das Geld ginge an Private, welche die Bäume sowieso dort haben und bewirkt

nur wenig. Das Wahlkampfvehikel Bauminitiative hat seine Zwecke im Blätterwald der Wahlunterlagen erfüllt, jetzt ist es an der Zeit, Lösungen anzugehen von welchen der Baum auch tatsächlich etwas hat.

Wir danken somit dem Stadtrat, dass er in sich gegangen ist und einen Gegenvorschlag ausgearbeitet hat, der mal dem Ansatz folgt «vor der eigenen Haustüre» oder besser «unter dem eigenen Baum zu wischen». Der Stadtrat schlägt vor, mit CHF 1.5 Mio über die nächsten 15 Jahre seine über 3'500 Bäume – wussten Sie, dass es so viele davon nur schon auf städtischem Gebiet gibt? Und das selbstverständlich ohne Wald – also seine über 3'500 «eigenen» Bäume zu hegen und pflegen. Das ist seit langem wieder mal ein Vorschlag der nicht nur simpel dritten diktiert was sie zu tun und lassen hätten, sondern den eigenen Bestand sowie das eigene Wirken in den Fokus rückt und gleich auch noch eine prozentuale Aufteilung der Mittel auf die vorgeschlagenen Massnahmen mitliefert. Ein Ansatz, den aus unserer Sicht in der Ustermer Exekutive ruhig Wurzeln schlagen darf.

Also anstatt die ganze Zeit am Ast zu sägen, auf welchem wir sitzen, damit meinen wir Vorschrift um Vorschrift die das Bauen weiter erschweren auf den Weg zu bringen, sollten sich die Initianten viel eher ernsthaft mit dem Tradeoff zwischen Wohnraum und Bäumen beschäftigen. Und dabei den mit der Kulturlandinitiative geschlossenen und übrigens akzeptierten und eingehaltenen Kompromiss vor Augen führen. Was da wäre: Wir Zonen eigentlich nicht mehr ein, wir halten an den Siedlungsrändern fest, wir stehen für die Natur ausserhalb des Siedlungsgebietes ein. Dafür verdichten wir nach innen. Mit diesem errungenen Kompromiss wollten wir der Natur gerecht werden und zugleich dem Bedürfnis nach Wohnen, welches ja kaum jemand im Saal dem Anderen im Saal abspricht, nachkommen.

Einer Lösung mit höheren Mitteln, welche weitestgehend wie Blätter im Herbst den Baumbesitzern zufallen und ohne Wirkung verpuffen sowie Ressourcen für die Prüfung der Anreizgesuche bindet, können wir wenig abgewinnen. Dafür befürworten wir den Gegenvorschlag des Stadtrates, bei welchem die Mittel tatsächlich bei den lebenden und schatten spendenden Bäumen im öffentlichen Raum ankommen und nicht in der Verwaltung oder in privatem Grund wirkungslos versickern.

Wir lehnen die wahlkämpferische Initiative ab und befürworten den «bäumigen» Gegenvorschlag des Stadtrates.

Vielen Dank

Für die FDP/Die Mitte-Fraktion:
Gianluca Di Modica
Uster, 21.09.2026